Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 20. Januar 1879. Nr. 32.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 18. Januar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Am Ministertisch: Ministerialdirektor Greiff mit mehreren Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung des Antrages des Abg. Krech und Gen. auf Annahme eines Entwurfs eines Ergänzungsgesetzes zu dem Gesetze, betr. die Ablösung von Real-Berechtigungen der geistlichen und Schul-Institute.

Der Gesetzentwurf wird nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. Krech, v. Jadzewski und des Regierungs-Kommissars Geh. Rath Glatzel genehmigt.

II. Fortsetzung der Berathung des Kultus-Etats.

Die Berathung beginnt bei Kap. 126 (Kunst und Wissenschaft 2,610,233 M.)

Bei Tit. 1—6 (Kunst-Museen in Berlin 663,627 Mark — 4323 Mark weniger als im Vorjahre —) bringt Abg. Dr. Lutteroth zunächst zur Sprache, daß am Montag die sämmtlichen Berliner Kunstgallerien zum Zwecke der Reinigung geschlossen sind Er bittet, dafür zu sorgen, daß die allerdings nothwendige Reinigung nicht bei allen Kunstgallerien auf einen Tag falle, um den zahlreichen Fremden Gelegenheit zu geben, auch am Montag die Kunstschätze besichtigen zu können.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Schöne erwidert, daß die Frage in Erwägung gezogen werden soll.

Abg. Dr. Mommsen spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Fonds zur Vermehrung und Unterhaltung der Sammlung, für welche bisher 325,000 M. ausgesetzt waren, um einen Bruchtheil, nämlich um 15,000 M., gekürzt worden ist. Er glaube, der Gewinn dieser kleinen Summe werde schwer erkauft werden durch das Armuthszeugniß, welches wir uns damit ausstellen. Er wolle keinen Antrag daran knüpfen, aber er hoffe, daß die Regierung den Fond mindestens in seiner früheren Höhe wieder herstellen werde. Redner wünscht sodann eine Erhöhung der Gehälter für die Assistenten bei den Museen.

Reg.-Komm. Geh. Rath Schöne: Bei der gegenwärtigen Nothlage, die auf allen Gebieten schwer drückt, habe es die Staatsregierung für bedenklich gehalten, den Fond in seiner früheren Höhe aufrecht zu erhalten. Was sodann die Frage wegen der Gehaltserhöhung der Assistenten anlange, so müsse er auch hier auf die gegenwärtige ungünstige Finanzlage verweisen, die eine solche Erhöhung zur Zeit nicht gestattet.

Die noch übrigen Titel des Kap. 126 werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt Kap. 127 (Kultus und Unterricht gemeinsam 6,376,209 M.)

Bei Tit. 1 (Besoldungen für Schulräthe bei Regierungen) kommt Abg. v. Meyer-Arnswalde noch einmal auf den Oberlehrer Dr. Müller zurück und theilt aus den Akten gegen den Redakteur des „Reichsboten", Engel, mit, daß durch zwei Entlastungszeugen gerichtlich festgestellt ist, Dr. Müller habe die Worte: „Am Anfang war der Kohlenstoff" in der Schule vorgetragen. Müller habe mehrfach aus Carus Sterne vorgelesen und vorlesen lassen, und das Buch in der Sekunda und Prima der Realschule zur Anschaffung empfohlen.

Kultusminister Dr. Falk: Ich pflege an Andere die Anforderung zu stellen, die ich an mich selbst stelle. Ich habe, in der Meinung, daß der Vorredner gestern die Thatsache nicht richtig dargestellt, ihn aufgefordert, seine Erklärung zurückzunehmen. Wenn ich die Thatsache gestern gekannt hätte, so würde ich jene Aufforderung an den Abg. Meyer nicht gerichtet haben und nehme sie deshalb zurück.

Abg. Franssen theilt aus einem Wahlaufruf, unterzeichnet von Professoren aus Bonn, einige Stellen mit, in welchen die Partei des Centrums in der schärfsten Weise angegriffen wird. Redner fügt daran die Bemerkung, daß diese beschimpfenden Ausdrücke gebraucht worden seien, trotzdem die Herren von der Unwahrheit der behaupteten Thatsache überzeugt gewesen sind. Weswegen ich mich aber zum Wort gemeldet, ist, daß ich einen Vorfall zur Sprache bringen wollte, der sich in der Lesegesellschaft zu Bonn zugetragen, deren Mitglieder aus Professoren, namentlich altkatholischer Richtung, bestehen. In dieser Gesellschaft haben einige Professoren die Frechheit gehabt, nach dem Tode Papst Pius' IX. das Konklave zum Gegenstande der Verspottung zu machen. Redner bezeichnet dieses Verfahren als eine Niederträchtigkeit, als eine Verletzung der Gefühle ihrer katholischen Mitbürger. Was würde man dazu sagen, wenn man in katholischer Gesellschaft die Person Luthers in dieser Weise verunglimpfen wollte, und was die Person Luthers für die Protestanten, das sei der Papst für die Katholiken.

Kultus-Minister Dr. Falk: Gestatten Sie mir, zunächst einer persönlichen Empfindung Ausdruck zu geben. Wie weit sind wir doch nun gekommen, Alles halten wir bereits für parlamentarisch zulässig, Worte wie „Frechheit", „Niederträchtigkeit" werden angewendet auf Personen außerhalb dieses Hauses und als parlamentarisch zulässig erachtet. (Sehr richtig! links und bei den Konservativen.) Was die Sache selbst betrifft, so theilt der Minister ein Schreiben des Professor Dr. Obernjé zu Bonn mit, welcher bereits unter dem 12. Januar über diesen Gegenstand Bericht erstattet hat, und zwar deshalb, weil in Bonn bekannt geworden sei, daß das Centrum die Angelegenheit hier zur Sprache bringen wolle. Aus dem von dem Minister vorgelesenen Schreiben geht hervor, daß, wenigstens nach Angabe des Berichterstatters, die Angelegenheit wesentlich entstellt vom Vorredner vorgetragen worden ist.

Abg. Dr. Nasse: Sie werden mir zugeben, daß ich mich an dem Kulturkampf niemals in hervorragender Weise betheiligt habe, ich will mich in diesen Streit auch nicht hineinmischen. Aber der Vorredner hat Mitglieder eines Kollegiums, dem ich angehöre, mit Worten bezeichnet, die ich nicht näher qualificiren kann. Er hat zwar Thatsachen angeführt, er hat einen Wahlaufruf verlesen, der indeß nach meiner Meinung über das gewöhnliche Maß nicht hinausgeht. Dann hat er einer Thatsache erwähnt, die mir persönlich völlig unbekannt ist, und von der ich in diesem Augenblicke zum ersten Male höre. Aber gerade der Name, den der Redner genannt, der Arzt an dem katholischen Hospitale in Bonn ist, welches geleitet wird von Männern, welche zur Partei des Herrn Franssen gehören und die keine Veranlassung gefunden haben, dem Arzt diesen Vertrauensposten wegen des angeblichen Vorfalles zu entziehen, bürgt mir dafür, daß der Vorfall durchaus dem entspricht, wie er in dem Schreiben dargestellt ist. Ich kann daher nur schließen mit den Worten eines französischen Ministers in der Kammer: Häufen Sie nur immer das Maß Ihrer Injurien, sie werden niemals das Maß unserer Verachtung erreichen. (Beifall.)

Der Präsident rügt den letzteren Ausdruck als unparlamentarisch.

Abg. Bachem erklärt, daß angesehene Männer von Bonn den Vorfall objektiv so dargestellt haben, wie ihn Abg. Franssen vorgetragen hat. Die Herren Professoren würden gut thun, die gebührende Rücksicht zu nehmen auf ihre Stellung an einer paritätischen Hochschule, die zum großen Theil von katholischen Studirenden besucht werde. Durch ein solches Auftreten, wie es sich auch in dem Wahlaufrufe dokumentirt, müsse die Autorität der Stellung leiden, oder glauben die Herren Professoren, das Vertrauen der katholischen Studirenden werde durch ein solches provozirendes Auftreten befestigt? Mit Recht bringe man auch die Thatsache damit in Verbindung, daß die Zahl der Studirenden seit einem Jahre um 400 zurückgegangen ist.

Geh. Rath Göppert bestreitet die Thatsache bezüglich des Rückganges der Frequenz an der Bonner Universität.

Abg. Dr. Virchow bittet zunächst sowohl das Centrum, als auch die Konservativen, derartige Fälle nicht so fanatisch zu behandeln und nicht jederzeit die Regierungsgewalt zur Verfolgung anzurufen. Noch beständе der Verwaltungsweg noch beständen die Gerichte, was soll denn das Haus mit solchen Dingen anfangen. Es könne gar kein Urtheil fällen, denn ihm fehlten die Details der Anklagen. Der Redner schließt sich sodann der Rüge an, welche der Kultusminister gegen die vom Abg. Franssen gebrauchten Ausdrücken in Anwendung gebracht hat. Wir haben ein Interesse, meint Redner, daran, über unsere Privilegien zu wachen. Die Hand, welche über den Reichstag reicht, reicht auch über dieses Haus. Ich für meine Person würde mich fügen, wenn der Präsident derartige injuriöse Ausdrücke zurückweisen würde Herr Bachem hat mich speziell gefragt, ob ich die in dem Wahlaufruf der Bonner Professoren vorkommenden Ausdrücke billige. M. H, wir sind mehr abgehärtet wie Sie (zum Centrum), wenn ich von dergleichen Angriffen wirklich angegriffen sein sollte, ich hätte keine ruhige Nacht mehr (Große Heiterkeit). Was nun den Fall in Bonn selbst anbetrifft, so verweist Redner darauf, daß innerhalb der katholischen Kirche die Traditionen über solche Dinge etwas loser seien; habe doch die katholische Kirche den Karneval erfunden, und gerade katholische Bevölkerungen haben Blasphemien nicht blos gegen den Papst, sondern gegen den lieben Gott selbst sich schuldig gemacht. Redner erinnert an die Eselspiele im Mittelalter und fordert das Centrum auf, sich an die eigene Brust zu schlagen, daran zu denken, was Jeder von diesen an früheren Karnevalen geleistet, und in dieser Erinnerung sich nicht zur Verfolgung gegen Mitkarnevalsbrüder zu verbinden. Das Centrum scheine aber gegenwärtig an Nervosität zu leiden, und würde erst heute das Lied geschrieben werden: „Der Papst lebt herrlich in der Welt", das Centrum würde nach dem Staatsanwalt rufen. Das von den Konservativen gegen Dr. Miller beobachtete Verfahren bezeichnet der Redner als ein gehässiges. Er führt sodann aus, daß die Kirche sich zu allen Zeiten, wenn auch nur schwer, aber doch schließlich der Wissenschaft habe fügen müssen, und die Kirche werde sich auch für die Folge fügen müssen (Widerspruch vom Centrum), wenn überhaupt der Friede eintreten solle.

Abg. Dauzenberg bedauert die harten Ausdrücke des Abg. Franssen, welche derselbe im Drange und Eifer für seinen Glauben gethan. Auf die naiven Scherze, welche Virchow vorgebracht, könne er nicht eingehen. Er wolle nur auf einen Fall zurückkommen, den er bereits im vorigen Jahre hier zur Sprache gebracht. Es betreffe derselbe den Regierungs- und Schulrath Laue in Köln, der sich als katholischer Priester verheirathet habe. Meine denn der Minister nicht, daß solche Vorgänge ein Aergerniß bei der glaubenstreuen katholischen Bevölkerung hervorrufen? Warum suche der Minister nicht, dieses Aergerniß zu beseitigen? Ein katholischer, verheiratheter Priester sei nicht die geeignete Person, um in dem katholischen Rheinland als Schulrevisor zu fungiren.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Stauder erwidert, daß das Disziplinargesetz gar keine Handhabe besitzt, gegen einen Beamten wegen solcher Handlungen einzuschreiten. Die Wirksamkeit des Dr. Laue hat aber keine Veranlassung gegeben, gegen den Beamten vorzugehen. Der Minister Falk, wie er (Redner) selbst hätten bereits im verflossenen Jahre ihr Bedauern ausgesprochen, daß Dr. Laue den Schritt gethan. Durch eine Versetzung werde die Sache auch nicht geändert, eine Dispositionsstellung sei aber nicht zulässig.

Abg. Dr. Paur weist aus der betreffenden Stelle des citirten Werkes von Carus Sterne nach, daß die Aeußerung des Dr. Müller nur eine hypothetische gewesen, denn er habe ausdrücklich gesagt: „Wenn ein moderner Chemiker die Schöpfungstheorie erklären sollte, so würde er sagen: „Am Anfang war der Kohlenstoff." Zur Ehre des Dr. Müller müsse er dies hier konstatiren und die Aeußerung des Abg. v. Meyer, daß Müller's Auftreten eine Frechheit sei, entschieden zurückweisen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst-Meppen: Es sei unter keinen Umständen zu billigen, daß ein Lehrer solche Dinge Schülern vortrage, die noch nicht fähig sind, solche Dinge zu verstehen. Zu bedauern sei es ferner, daß es Lehrer gebe, welche derartige Anschauungen theilen Es scheine, als ob die Linke bei dieser Gelegenheit die sogenannte moderne Wissenschaft in Schutz nehmen wolle, für solchen Fall habe er allerdings nichts anderes als sein Bedauern; er hoffe jedoch, daß die Schulverwaltung die Angelegenheit aufnehmen und gründlich erledigen werde. Er bedauere, daß der Abg. Franssen solche Ausdrückung in der Ueberwallung seines katholischen Gefühls gebraucht habe. Die Auslassungen Virchow's werde er sich aber notiren und man könne versichert sein, daß er sie ihm seiner Zeit zurückgebe. Redner bringt sodann zur Sprache, daß der Heidelberger Katechismus eine Stelle enthalte, welche das Opfer in der Messe als eine vermaledeite Abgötterei darstelle. Der Kommissar habe letzt auf die Anklage eines liberalen Mitgliedes gegen den katholischen Katechismus bei dem Gymnasium in Frankfurt a. M. sofortige Abhülfe zugesagt, er hoffe, er werde auch in diesem Falle recht bald Remedur schaffen.

Reg.-Komm. Geh. Rath Schneider: Der Minister habe dem Wunsche des Vorredners schon vor länger denn 6 Jahren entsprochen und die betreffende Stelle aus dem Buche zum Unterricht in der Schule gestrichen.

Abg. Dr. Lasker wendet sich gegen die Methode, in welcher die Debatte in diesem Hause gegenwärtig geführt wird. Man versuche fortwährend kirchliche Fragen in die politischen Debatten hineinzuziehen, um aus oft ganz nebensächlichen Fragen den Schluß zu ziehen, daß die Linke antikirchlich gesinnt sei. Wenn man die Resultate der Wissenschaft vollständig ignoriren wollte, so würden wir uns vor dem ganzen übrigen Europa als eine uncivilisirte Nation hinstellen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. von Meyer, von Fürth, Bachem, Franssen, der seine beleidigenden Aeußerungen zurücknimmt, Lasker, Windthorst-Meppen und Dauzenberg.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Heute Abends 8 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Abendsitzung.

Vice-Präsident Klotz eröffnet die Sitzung um 8¼ Uhr.

Die Berathung beginnt bei Art. 3 Kap. 127 (zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 3,305,731 Mk.)

Abg. Windthorst-Meppen empfiehlt einen dahin gehenden Antrag, auch die jüdischen Religionslehrer an den aus diesem Fonds den Geistlichen gewährten Gehaltsverbesserungen Theil nehmen zu lassen. Redner begründet diesen Antrag namentlich durch den Hinweis auf das unzulängliche Auskommen des Landrabbiners in Hohenzollern, dem auf andere Weise gar nicht geholfen werden könne.

Abg. Magdzinski beantragt, diesen Titel mit dem Antrage Windthorst an die Budgetkommission zu verweisen, welchem Antrage Abg. Windthorst sich anschließt.

Zu Tit. 15 (Entschädigung der Geistlichen und Kirchenbeamten, sowie der jüdischen Religionsdiener für den Ausfall der Stolgebühren 500,000 Mk.) beantragt Abg. Dr. Techow den Zusatz hinzuzufügen: sowie zu Beihülfen an solche Kirchengemeinden, „in denen die Stolgebühren ganz oder zum Theil aufgehoben sind, so lange und insoweit die bisher empfangsberechtigten Geistlichen im Amte verbleiben."

In der Debatte, an welcher sich die Abgg. Techow, Gringmuth und Frhr. v. Hammerstein betheiligen, wird dem Antrage nicht widersprochen.

Abg. Techow will den Ausfall an Stolgebühren der Geistlichen nicht auf die Gemeinden abwälzen.

Abg. Gringmuth wünscht die Festsetzung eines Pauschquantums an Stelle der Stolgebühren.

Abg. Frhr. v. Hammerstein erklärt sich dagegen für eine generelle Regelung der Angelegenheit und spricht sich in Bezug auf den Antrag des Abg. Techow dahin aus, daß nach Annahme desselben die Summe von 500,000 Mark zur Entschädigung der Geistlichen nicht ausreichen werde.

Geh. Rath Bohlmann erklärt Namens der Regierung sein Einverständniß mit dem Antrage Techow, der sodann mit großer Majorität angenommen wird. Die Position selbst wird unverkürzt bewilligt.

Es folgt Kap. 128 (Medizinalwesen 1,460,600 Mark.)

Abg. Frhr. v. Heereman beklagt bei diesem Kapitel das rigorose Vorgehen gegen die katholischen Krankenpflegerinnen. Redner bittet im Interesse der Armen, Kranken und Nothleidenden, einmal für diese Orden einzutreten, denn nichts sei so sehr geeignet, die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Noth und Wohlergehen zu überbrücken, als die werkthätige, opferfreudige Nächstenliebe (Sehr richtig!) und deshalb bitte er, die Krankenpflege-

rinnen mit besonderer Rücksicht zu behandeln. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister Dr. Falk: Alle Niederlassungen, welche behaupten konnten, daß sie sich mit Krankenpflege beschäftigen, sind aufrecht erhalten worden (hört) und werden aufrecht erhalten werden! Es wird keine Aenderung in ihrem Personal eintreten. Der Minister versichert, daß mit Ausnahme eines Falles in Neisse in diesem Punkte Beschwerden nicht erhoben worden seien.

Abg. Dr. Löwe-Calbe erkennt an, daß der Minister das Gesetz mit großer Schonung zur Ausführung bringe. Man könne sich aber doch unmöglich darüber beschweren, daß das Gesetz überhaupt zur Ausführung gebracht werde. Er sei der Letzte, der die Thätigkeit der barmherzigen Schwestern auf dem Gebiete der Krankenpflege nicht anerkennen wolle, aber er müsse doch auch anerkennen, daß selbst geschäftsmäßige Krankenpfleger ihre Pflicht in vollem Umfange erfüllen.

Abg. Windthorst-Meppen: Wenn der Thätigkeit der Krankenpflegerinnen so großer Beifall gezollt werde, dann frage er, warum diese Polizeiaufsicht, warum dieses Mißtrauen, warum sollen diese Frauen sich nicht niederlassen können, wo noch keine Niederlassung besteht. Es ist das ein barbarisches Gesetz.

(Der Präsident rügt diesen Ausdruck; er könne eine Schmähung bestehender Gesetze nicht zulassen.)

Abg. Windthorst: Er finde keinen andern Ausdruck dafür. Er behauptet, daß die Organe der Regierung gar nicht im Stande sind, das Bedürfniß zu bemessen; die Thätigkeit der Krankenpflegerinnen werde dadurch auf das äußerste beschränkt. Es wäre in der That Zeit, Abhülfe zu schaffen, oder glaube man, daß solche Opferwilligkeit gedeihen könne unter polizeilicher Aufsicht. Wozu diese überhaupt nützlich sein soll, sei um so unverständlicher, als auch nicht das Geringste den Ordensschwestern nachgewiesen werden kann, was ein solches Verfahren rechtfertigen könnte. Es handele sich hier um eine katholische Genossenschaft und da der Kaiser nicht gestattet, daß die Krankenpflegerinnen seiner Soldaten durch Gesetz beseitigt werden, so sollen sie wegreglementirt werden. (Beifall im Centrum.)

Geh. Rath Lucanus rechtfertigt den Unterschied in der Behandlung der evangelischen Diakonissen und der katholischen Ordensschwestern durch den Umstand, daß die letzteren eben Ordensschwestern sind.

Abg. Windthorst-Meppen findet darin ein himmelschreiendes Unrecht, es werde dadurch die Parität aufs Gröblichste verletzt.

Kap. 128 wird hierauf bewilligt. Ebenso Kap. 129 (Allgemeine Fonds 134,018 Mk), nachdem Abg. Windthorst-Meppen erklärt, daß er bei diesem Kapitel die Simultanschulen eigentlich zur Sprache bringen wollte, daß dieser wichtige Gegenstand aber in einer Abendsitzung nicht verhandelt werden könne.

Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt, womit der Etat des Kultusministeriums mit Ausnahme der an die Budget-Kommission verwiesenen Titel in zweiter Berathung erledigt ist.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.

Nach kurzer unerheblicher Debatte, an welcher sich die Abgg. Köhler (Göttingen), Nasse und Windthorst (Bielefeld) betheiligen, beschließt das Haus die zweite Berathung im Plenum des Hauses.

Schluß 10 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Bericht der Budget-Kommission über verschiedene Etatspositionen; zweite Berathung des eben in erster Lesung erledigten Gesetzentwurfs.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Großes Aufsehen erregt die brieflich hierher gelangte Erklärung des Fürsten Bismarck, es sei ihm einerlei, ob das Strafgesetz für den Reichstag angenommen werde oder nicht. Natürlich ist damit das Schicksal dieses Gesetz-Entwurfs vollends besiegelt und man braucht nicht mehr zu besorgen, daß daraus ein Konflikt entstehen könne.

Den Entwurf eines Regentschaftsgesetzes für Braunschweig begleitete die Regierung mit einem Schreiben, worin es heißt, daß nach höchster Wahrscheinlichkeit längere Zeit verstreichen werde, bevor der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Regentschaftsübernahme durch einen Berechtigten erfolge. Die Aussicht auf ein längeres Provisorium ist gewiß keine erfreuliche für die Braunschweiger und den Gedanken an eine regierende welfische Dynastie in Braunschweig werden sie wohl thun, ganz außer Betracht zu lassen. Auch die „Neue Freie Presse" bemerkt: „Es giebt für das deutsche Reich kaum eine größere Gefahr als die Welfen-Dynastie, und sobald sie wieder einen Thron erhält, und wäre er noch so klein, werden alle Reichsfeinde einen sicheren Mittelpunkt haben. Der süddeutsche Partikularismus, so viel man an der Spree von ihm spricht, wird den Sarg des deutschen Reiches nicht zimmern. Baiern und Würtemberger — von den Badensern zu schweigen — haben es auf 20 Schlachtfeldern mitgründen geholfen. Die Welfen-Dynastie dagegen ließ eine Legion anwerben, die neben den Franzosen gegen Deutschland fechten sollte. Die Welfen in Braunschweig neu anpflanzen, nachdem sie in Hannover ausgestorben, hieße nicht nur die Kleinstaaterei unnöthig beschirmen und pflegen, es hieße, einen scharfen Keil in das ohnedies nicht allzu feste Gefüge des Reiches treiben." Das Wiener Blatt spricht sich dafür aus, daß Braunschweig zum Reichslande gemacht werde, ein Plan, welcher auch noch in Berlin erwogen wird.

— Den Debatten in der braunschweigischen Kammer über das Regentschaftsgesetz wird mit Interesse entgegengesehen. Jede Lösung zu Gunsten des Herzogs von Cumberland ist vollkommen aussichtslos und die einfachste Lösung bleibt der Anschluß an Preußen. Eine einflußreiche Partei in Braunschweig denkt, wie schon früher gemeldet, an eine vorläufige Einrichtung als „Reichsland", aber nur in dem Sinne eines möglichst kurzen Uebergangsverhältnisses bis zur preußischen Einverleibung."

— Die Besprechungen der Mächte wegen Mandatsverlängerung der europäischen Kommission in Ostrumelien dauern, wie man hört, noch fort und die Nachrichten der Blätter über den schon erfolgten Abschluß waren allem Anscheine nach verfrüht. Keine Regierung kann allerdings gegen die Fortdauer der Kommissionsarbeiten Einwendungen haben; aber man hofft auf eine raschere Förderung jener Aufgabe der Kommission und möchte Vorkehrungen wegen der Verwaltung in dem mehrfach bezeichneten Sinne treffen. Es scheint richtig, daß Rußland sich wenigstens für den Augenblick nachgiebiger zeigt, und man will dies durch die finanziellen Opfer erklären, welche der gegenwärtige Zustand für Rußland herbeiführt. Haben die Russen andererseits erst einmal das eigentliche Rumelien geräumt, so ist Aussicht vorhanden, daß sie sich auch zu der Räumung Ostrumeliens Anfangs Mai verstehen werden. Ob sie indessen der künftigen Verwaltung der Türkei, die, wie erwähnt, schon früher eintreten soll, nicht allerlei indirekte Schwierigkeiten bereiten und für ihren großbulgarischen Plan nicht sonstige Hebel ins Werk setzen werden, muß die Zeit lehren.

— In Hofkreisen will man mit Bestimmtheit wissen, daß die Königin von England im künftigen Sommer nach Deutschland kommen werde. Sie beabsichtigt nach Darmstadt zu gehen, um das Grab ihrer Tochter, der verstorbenen Großherzogin von Hessen, zu besuchen und dann in Koburg einen längeren Aufenthalt zu nehmen. Eine Reise der Königin nach Berlin ist nicht in den Reiseplan aufgenommen, dessen Ausführung übrigens noch von mancherlei Vorbedingungen abhängig gemacht worden ist.

— Fürst Bismarck will seine Rückkehr nach Berlin beschleunigen. Es heißt, er werde schon in den letzten Tagen dieses oder in den ersten Tagen des nächsten Monats eintreffen, um noch an den Vorberathungen für den Reichstag persönlich Theil zu nehmen. Sicher ist, daß der Fürst bereits ausgesprochen hat, daß er den Reichstagsdebatten mit besonderer Theilnahme beiwohnen werde.

— Eine ältere Kabinetsordre hatte einige Gerichte getadelt, die wegen verletzender Ausdrücke in Immediateingaben Untersuchung gegen die Verfasser eingeleitet hatten. Zugleich war bestimmt, daß, wenn der König die gravirenden Ausdrücke nicht rüge und Untersuchung anordne, ein Verfahren von Amtswegen unterbleiben müsse. Später ward bestimmt, daß weder einer Behörde im Dienstinteresse noch dem beleidigten Beamten gestattet ist, Untersuchung oder Injurienklage ohne Allerhöchste Genehmigung zu beantragen, sobald es sich um genannte Schriftstücke handelt. Dabei wurde hinzugesetzt, Se. Majestät wolle diese Genehmigung in Fällen böswilliger Anschuldigungen nicht versagen, vertraue aber auch, daß man solche Fälle von den Aeußerungen einer ungeschickten Schreibart oder irrthümlicher und befangener Ansichten zu unterscheiden wissen und bei der Kommunikation von Eingaben und Beschwerdeschriften, welche Anzüglichkeiten enthalten, mit Vorsicht verfahren werde. Ein zur Kenntniß des Finanzministers gelangter Fall giebt Veranlassung, die Oberbehörden auf diese Vorschriften mit dem Bemerken hinzuweisen, daß die vorerwähnten Allerhöchsten Ordres auch jetzt noch als maßgebend zu erachten sind. Jene sollen somit die Mittheilung der ihnen zugefertigten Immediat-Eingaben und Beschwerdeschriften, worin verletzende Aeußerungen enthalten sind, an die betreffenden Unterbehörden und Beamten thunlichst vermeiden und dergleichen Eingaben, insofern es einer Berichterstattung darüber bedarf, nur im Auszuge mit Hinweglassung der verletzenden Stellen zufertigen oder sich durch Einforderung der Akten die nöthige Auskunft verschaffen. In gleicher Art ist auch hinsichts der Mittheilung aller eingehenden Eingaben und Beschwerden, welche Beleidigungen und Anzüglichkeiten gegen untergeordnete Amtsstellen und einzelne Beamten enthalten, zu verfahren.

München, 18. Januar. Eine Anzahl liberaler Abgeordneter hat in der Kammer den Antrag eingereicht, den König zu bitten, daß die baierischen Vertreter im Bundesrathe beauftragt werden, das Gesetz über die Strafgewalt des Reichstages abzulehnen.

Ausland.

Paris, 18. Januar. Seit diesem Morgen hat Paris starken Schneefall.

Morgen wird im Hertz'schen Saale eine Royalisten-Versammlung abgehalten, eine Privat-Versammlung natürlich, die vom Grafen Beaurepaire-Louvogny veranstaltet wurde und den Zweck hat, eine Adresse an Heinrich V. zu beschließen und zu unterzeichnen; die politische Rede wird von dem Advokaten Dubois aus Montpellier gehalten werden. Seit 1830 fand hier in Paris keine solche Royalisten-Versammlung statt.

Heute wurde Ministerrath im Elysee gehalten. Die Unsicherheit über die Entwickelung der in Folge der ministeriellen Erklärung entstandenen Lage dauert auch heute fort. Dufaure's Freunde wagen nicht, zu versichern, daß der Minister-Präsident die „nöthigen Zugeständnisse", besonders in Betreff der Personenfrage, machen werde, um den Mehrheiten der beiden Häuser zu genügen. Das linke Centrum der Deputirtenkammer ist auch nicht sehr von der gestern mit 28 Stimmen beschlossenen Tagesordnung erbaut. Die Gruppen der Linken berufen sich in ihrer Betonung der Personenfrage auf die Wähler in den Departements, welche vor allem Anderen verlangen, daß sie von den reaktionären Beamten befreit werden, von denen sie in jeder Weise belästigt und geplagt würden. In den Regierungskreisen ist das Vertrauen, daß das Kabinet Dufaure sich halten könne, sehr gesunken. Das „National", das Organ des Ministers Marcere, kündigt an, daß das Ministerium nicht im Amte bleiben werde, „wenn die republikanische Mehrheit sich nicht mit dem Siege begnügen werde, den sie mit Hülfe der Rechten erlangt habe." Dasselbe Blatt bringt einen Artikel, in welchem Gambetta aufgefordert wird, sich an die Spitze der Regierung zu stellen, wenn das Kabinet Dufaure sich zurückzuziehen genöthigt werde; Zweideutigkeiten seien nicht mehr zeitgemäß; Gambetta sei Herr der Lage und habe die jetzige Krisis hervorgerufen; das Land müsse erfahren, daß die gemäßigten Republikaner nicht mehr die Gewalt hätten und daß die Radikalen regierten.

Die Forderungen der Linken der Deputirtenkammer sind folgende: Beseitigung der reaktionären Beamten; Umgestaltung des Staatsrathes; strenge Ausführung des Gesetzes über die großen Kommandos. Wenn Dufaure über diese Punkte am nächsten Montag bestimmte Erklärungen giebt, so wird fast die ganze Linke für dieselben stimmen; in gambettistischen Kreisen glaubt man aber nicht, daß Dufaure diesen Bedingungen sich fügen und daß es dann zum Sturze des jetzigen Kabinets kommen werde. In den Kreisen, in denen man sich bereits mit Dufaure's Nachfolger beschäftigt, wird Marcere oder Freycinet genannt. In einer Versammlung der republikanischen Linken wurde Grevy zum Vorsitzenden gewählt; er sprach seinen Dank aus, bemerkte jedoch, für den Augenblick wolle er über die Lage nicht reden. Ein Beschluß wurde in dieser Versammlung nicht gefaßt; man will erst die Erklärungen, die Dufaure am Montag geben soll, abwarten. Der allgemeine Eindruck, den die Deputirten aus dieser Versammlung mitnahmen, wird mit den Worten bezeichnet: die Lage spitzt sich zum Nachtheile des jetzigen Kabinets zu.

London, 18. Januar. Der britische Staatssekretär der Kolonien, Hicks-Beach, hielt gestern bei einem Banket der Konservativen in Stroud eine Rede, in welcher er die von der Regierung in der orientalischen Frage befolgte Politik vertheidigte und die Ueberzeugung aussprach, daß der Berliner Vertrag in allen Punkten ausgeführt werden würde. Eine Störung der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und den übrigen europäischen Mächten sei nicht wahrscheinlich; der Krieg gegen Afghanistan könne als thatsächlich beendet angesehen werden. Hicks-Beach ging sodann auf die kommerzielle Nothlage des Landes über und hob hervor, daß die Regierung, nachdem die englische Industrie von den europäischen und amerikanischen Märkten verdrängt worden sei, bestrebt sein werde, den englischen Einfluß auf Afrika auszudehnen.

London, 18. Januar. Lord Beaconsfield ist anscheinend in vortrefflicher Gesundheit hier eingetroffen.

Die aus katholischen Laien bestehende katholische Union Irlands veröffentlichte eine Erklärung, worin gleichmäßige Dotirung der Bildungsanstalten beider Bekenntnisse als Grundbedingung eines Kompromisses bezeichnet wird.

Mehrere indische Fürsten sandten der Königin wegen des Todes der Großherzogin von Hessen Beileidsbezeigungen.

Ein schwerer Schneefall hemmt oder stört den Verkehr auf den schottischen und nordenglischen Eisenbahnen.

Provinzielles.

Stettin, 20. Januar. Am Sonnabend Abend trat in verschiedene Verkaufslokale in Unter-Bredow ein kräftiger Mann in den zwanziger Jahren ohne Kopfbedeckung und an den Füßen nur mit Strümpfen bekleidet, von denen der eine bereits so durchlaufen war, daß er mit bloßem Fuß durch den Schnee schritt. In den Geschäften sah er sich mit stierem Blick um, begann zu schimpfen und warf auch verschiedene Gegenstände um. Er wendete sich sodann nach der Pölitzerstraße und dort gerieth er in fast thierische Wuth. In diesem Zustande betrat er auch das Lokal des Handelsmanns Stellberger, in welchem er derart zu wüthen begann, daß sich der Besitzer genöthigt sah, polizeiliche Hülfe zu requiriren. Dem herbeigeholten Schutzmann sprang er drohend entgegen, biß nach demselben, zerriß ihm den neuen Mantel vollständig und nur mit Hülfe einiger Arbeiter gelang es, den Wüthenden nach der Kustodie zu befördern. Dort angekommen, ging sein Zustand in volle Raserei über, er ergriff Eimer und Bänke, warf dieselben gegen die Gefängnißwärter, und der Inspektor sah sich genöthigt, die Aufnahme des Mannes zu verweigern, da ihm das Benehmen desselben zu dem Glauben berechtigte, daß er es mit einem Wahnsinnigen zu thun haben müsse. In Folge dessen wurde ein Krankenwagen requirirt und der Mann gefesselt nach dem städtischen Krankenhause geschafft, um dort ärztlich beobachtet zu werden. Der Anzug desselben, kurze wollene Jacke und blaugestreiftes Hemd, lassen vermuthen, daß er aus einer Anstalt entsprungen ist. Auf dem Transport von Grünhof nach der Kustodie hatte sich eine große Menschenmenge angeschlossen, welche theilweise gegen den Schutzmann Partei nahm, weil derselbe den Mann in solch mangelhaftem Anzug transportirte. Wir müssen dagegen einwenden, daß der Mensch in solch wüthendem Zustande war, daß er Niemand an sich heranließ, der ihm hätte Fußbekleidung anlegen können, daß aber auch seine polizeiliche Fortschaffung unbedingt erforderlich war, denn wenn sich der Mensch wirklich in einem Anfall von Wahnsinn befand und nicht Simulant war, so konnte durch denselben das größte Unheil angestiftet werden.

— Soeben erhalten wir die Nachricht, daß am Sonnabend ein Kranker aus der Anstalt Kückenmühle entlaufen ist und dürfte dies wohl der vorerwähnte Mann sein.

— Dem Lehrer Retzlaff zu Regenwalde ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

— Der Kreisgerichtsrath v. Rönne hierselbst ist an das Stadtgericht in Berlin versetzt.

— Ein Kaufmann hatte an einen anderen Kaufmann eine Waarenforderung und der Vater des letzteren sich für diese Schuld seines Sohnes dem ersteren und zwar nur mündlich verbürgt. Der Gläubiger war genöthigt, sich an den Bürgen zu halten, wurde aber vom Appellrichter mit seiner Anklage abgewiesen, weil, da der verklagte Bürge nicht Kaufmann sei, die mündliche Form seiner Bürgschaft nicht genüge. Das Ober-Tribunal hat dieses Erkenntniß vernichtet, indem es ausführt, daß mit Rücksicht auf § 271, 273 und 274 des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches die fragliche Bürgschaft dem Kläger gegenüber ein Handelsgeschäft ist. Demzufolge müsse sie nach § 277 auch auf Seiten des Verklagten, wenngleich derselbe kein Kaufmann sei, nach dem Handelsgesetzbuch beurtheilt werden. Denn es käme hierbei nicht darauf an, ob der Vertrag zwischen Kaufmann und Nicht-Kaufmann für den Hauptvertrag oder nur für den Nebenvertrag zu erachten sein. Es wäre somit im vorliegenden Fall gemäß § 317 die mündliche Form zur Gültigkeit der Bürgschaft genügend gewesen.

Greifswald, 18. Januar. Gestern fand im äußerst geschmackvoll dekorirten Saale des Hotel zum Greif der diesjährige Ball der Dozenten hiesiger Universität statt. Derselbe war sehr zahlreich besucht und bot in seinem glänzendem Verlauf das Bild ungetrübten Frohsinns und ungekünstelter Heiterkeit.

Stralsund, 18. Januar. Es ist jetzt begründete Aussicht vorhanden, daß der Seitens der Stadt angekaufte Theil der Festungswerke im Laufe dieses Frühjahrs zur Uebergabe gelangt. Für den sofortigen Verkauf an Private eignet sich am ehesten das Terrain rechts vor dem Knieperthor von dem Hauptgraben bis zum Grundstück Knieperdamm Nr. 1, und dürfte dasselbe daher in einzelnen Parzellen öffentlich zum Erwerb ausgeboten werden, falls sich irgend welche Kauflust zeigt. Für die Verschönerung der Stadt bieten zunächst die bisherigen Wallgänge ein geeignetes Feld der Thätigkeit; die Vergrößerung des Platzes für den Wochenmarkt zwischen dem Fährthor und Semlowerthor durch Hinzunahme des Festungsterrains daselbst wird sehnlichst erwartet, namentlich auch, weil die Stadt dadurch in die Lage kommt, über die Ausnutzung des in ihrem Besitz befindlichen früheren Stadtbahnhofs endgültig zu entscheiden. — Der Gemein-Anwalt im Spediteur Adolf Faust'schen Konkurse, Herr Rechts-Anwalt v. Lühmann, hat nunmehr dem Kaufmann Herrn Fritz Lancken den Zuschlag auf die beiden Dampfer für 25,000 Mark ertheilt. Wie wir erfahren, sollen die Dampfer nach wie vor dem Güter-Transport zwischen hier und Stettin dienen.

Vermischtes.

— Daß die russischen Geistlichen ihr geistliches Amt oft recht weltlich auffassen, ist hinlänglich bekannt, weniger aber die raffinirte Schlauheit, mit der sie ihre Schafe zu scheeren verstehen. Ein kleines Beispiel wird die von ihnen angewandte Methode verständlich machen. Ein junger Bauer, welcher sich in ein anderes Dorf verheirathete, verlangte von seinem Popen den erforderlichen Schein. „Sehr gut, mein Lieber", sagte der Pope, „den Schein kannst du haben, ich muß aber vorher eine kleine Abrechnung mit dir halten. Du verläßt unser Dorf; hast du daran gedacht, was ich dabei verliere? Für die Trauung — sagen wir — 10 R. Deine Frau wird Kinder haben — sagen wir — nun, meinetwegen 7, macht für 7 Taufen, 7 Handtücher und das Gebet — 6 R. 30 K. Von deinen Kindern werden einige sterben — sagen wir 4 — macht für 4 Beerdigungen — 4 R. Du kannst eine Tochter zu verheirathen haben, macht für den Schein 1 R.; ferner einen Sohn — nun, Gott mit ihm, den rechnen wir zu den Rekruten. Also in Summa beträgt das 21 R. 30 K. — sagen wir rund — 20 R. Ist es nicht so? Der Bauer kratzte sich im Nacken und sagte endlich: „Du kannst ja aber vorher sterben, Batka, alt genug bist du dazu." „Freilich, mein Lieber", versetzte der Pope, „sterben müssen wir Alle, und darum wollen wir's bei 10 R. bewenden lassen." Der Bauer mußte 10 R. für den Schein zahlen.

— Eine Romanzeitung berichtet folgendes ehrliche Zwiegespräch: Ein Pärchen, nicht mehr in der ersten Jugend, geht im Walde spazieren. Die Frau erblickt einen großen Eichbaum, der eine Ruhebank überschattet, und bricht in die Worte aus: „Ach, wie liebe ich diesen alten Eichbaum! Wie oft habe ich in seinem Schatten gesessen und so köstliche Stunden verlebt! Er erinnert mich lebhaft an meine Jugend, an die Zeit, wo ..." „Wo Du ihn gepflanzt hast", unterbrach sie der Gatte trocken.